

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- | | |
|--|---|
| 11. Verfassungsgerichtshof bestätigt Novelle LGBl. Nr. 7/2010 zum Tiroler Flurverfassungsgesetz 1996 in wesentlichen Punkten als verfassungskonform | 13. Darlehensstatistik |
| 12. Darlehens(Kredit)verträge – Information | 14. Jugend-Kompetenz in der Gemeindepolitik – weitere Veranstaltungen
<i>Verbraucherpreisindex für Jänner 2011 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

Geschätzte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister! Werte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter!

Ein großer Schwerpunkt in diesem Frühjahr sind die Novellen des Tiroler Raumordnungsgesetzes und des Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetzes, die im März vom Tiroler Landtag über Antrag der Tiroler Landesregierung beschlossen wurden.

Als Gemeindereferent ist es mir wichtig, im Zuge dieser Reform eine wesentliche Besserstellung für die Gemeinden bei den Erschließungsbeiträgen zu ermöglichen.

Bislang war es so, dass Gemeinden einen bereits getätigten Aufwand für die verkehrstechnische Erschließung von unbebauten Baugrundstücken nicht vorschreiben konnten und auf eine Bauführung warten mussten.

Mit der Novelle werden die Gemeinden ermächtigt, einen vorgezogenen Bauplatzanteil vorzuschreiben, auch wenn die Bebauung für diese Grundstücke weiterhin nicht absehbar ist. Örtliche Raumordnung ist Gemeindeangelegenheit, darum haben wir uns entschieden, den Gemeinden das dafür notwendige Instrumentarium in die Hände zu legen; Voraussetzung für die Einhebung ist das Vorhandensein dieser Erschließung. Damit ist eine zeitnähere Abgeltung dieses Aufwandes sichergestellt – als Gemeindereferent empfehle ich den Gemeinden auch davon Gebrauch zu machen. Gemeinsam mit den Maßnahmen der Raumordnungsnovelle erhoffen wir uns auch einen gewissen Mobilisierungseffekt.

Ein zentrales Zukunftsthema in unserem Land ist die Pflege. Das Land Tirol unternimmt hier gemeinsam mit den Tiroler Gemeinden enorme Anstrengungen, um eine bestmögliche und den heutigen Bedürfnissen entsprechende Pflege in ganz Tirol sicherzustellen. Natürlich ist dabei auch die Leistbarkeit für unsere Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung.

Es ist gelungen, die Verhandlungen für einen Pflegefonds zu einem guten Abschluss zu bringen. Auch der Bund steht zu seiner Verantwortung und hat frisches Geld im Gesamtausmaß von 685 Mio. Euro in den Pflegefonds eingebracht. Gemäß dem vorgesehenen Aufteilungsschlüssel in diesem Bereich entfiel auf die Tiroler Gemeinden ein Betrag von 20,2 Mio. Euro.

Als Gemeindereferent war es mir aber ein Anliegen, den Gemeinden bei dieser wichtigen Aufgabe noch mehr zu helfen und zu entlasten. Ich bin daher erfreut, dass das Land Tirol hier eine weitere Besserstellung für die Tiroler Gemeinden zusichern kann – insgesamt stehen den Tiroler Gemeinden daher bis zu 40 Mio. Euro für Pflegeaufgaben zur Verfügung. Andererseits werden damit auch Spielräume geschaffen, die die Gemeinden aufgrund der Aufgabenvielfalt und gesunkener Einnahmen dringend benötigen.

*Euer Günther Platter
Landeshauptmann von Tirol*

11.

**Verfassungsgerichtshof bestätigt Novelle
LGBL. Nr. 7/2010 zum Tiroler Flurverfassungslandesgesetz 1996
in wesentlichen Punkten als verfassungskonform**

Der Verfassungsgerichtshof hat sich in der Beschwerdesache der Agrargemeinschaft Mieders gegen den Bescheid des Landesagrarsenates beim Amt der Tiroler Landesregierung vom 30. September 2010 mit der Novelle LGBL. Nr. 7/2010 zum Tiroler Flurverfassungslandesgesetz 1996 – TFLG 1996 auseinandergesetzt. Bekanntermaßen hat der Landesgesetzgeber mit dieser Novelle der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes (Erkenntnis vom 11. Juni 2008, B 464/07, VfSlg. 18.446) Rechnung getragen und einige Bestimmungen in das TFLG 1996 eingefügt, die jenen Gemeinden, in denen sog. atypisches (= in Form einer Agrargemeinschaft organisiertes) Gemeindegut besteht, zu dem ihnen daran zustehenden Substanzwert verhelfen sollen.

Mit Erkenntnis vom 28. Feber 2011, GZ B1645/10-9, hat der VfGH in wesentlichen Punkten die Verfassungskonformität der angeführten Novelle festgestellt und dabei folgende wesentliche Aussagen getroffen:

1. Die Definition des sog. atypischen Gemeindegutes im Sinn des § 33 Abs. 2 lit. c Z. 2 TFLG 1996 entspricht der Bundesverfassung. Nach dieser Bestimmung gehören zu den agrargemeinschaftlichen Grundstücken jene Grundstücke, die „*wormals im Eigentum einer Gemeinde gestanden sind, durch Regulierungsplan ins Eigentum einer Agrargemeinschaft übertragen wurden, vor dieser Übertragung der Deckung des Haus- und Gutsbedarfes von Stammsitzliegenschaften gedient haben und nicht Gegenstand einer Hauptteilung waren (Gemeindegut)*“.

2. Zu § 35 Abs. 7 TFLG 1996:

Nach den Ausführungen des Verfassungsgerichtshofes in seinem Erkenntnis ist § 35 Abs. 7 Satz 3 TFLG 1996 nicht präjudiziell und daher von ihm auch nicht zu prüfen; zu den gegen die übrigen Bestimmungen des § 35 Abs. 7 TFLG 1996 erhobenen Sachlichkeitsbedenken führt der Verfassungsgerichtshof aus:

„*Im Erkenntnis VfSlg. 18.446/2008 wurde ausgesprochen, dass der über die Summe der Nutzungsrechte hinausgehende Substanzwert des Gemeindegutes der Gemeinde zusteht und das Substanzrecht der Gemeinde als Anteil an der Agrargemeinschaft zur Geltung gebracht werden kön-*

nen muss. Vor diesem Hintergrund erachtet es der Verfassungsgerichtshof für sachlich gerechtfertigt, wenn der Gesetzgeber die Mitwirkung der substanzberechtigten Gemeinde an den Sitzungen der Organe einer Agrargemeinschaft nach § 33 Abs. 2 lit. c Z 2 TFLG 1996 anordnet (§ 35 Abs. 7 Satz 1 TFLG 1996 i. d. F. LGBL. 7/2010).

Auch gegen die Regelungen, denen zufolge substanzwertrelevante Organbeschlüsse nur mit Zustimmung der Gemeinde gefasst werden können (Satz 2), hegt der Verfassungsgerichtshof keine Bedenken mit Blick auf das Sachlichkeitsgebot. Die beschwerdeführende Agrargemeinschaft vernachlässigt in ihrer gegenteiligen Argumentation den Umstand, dass der Substanzwert ausschließlich der Gemeinde zusteht (vgl. bereits VfSlg. 18.446/2008). Die übrigen Mitglieder der Agrargemeinschaft verfügen demgegenüber in Ansehung des Substanzwertes über keinerlei Rechte. Die Einräumung eines Zustimmungsrechts der Gemeinde ist daher sachlich gerechtfertigt.

Dass – wie die beschwerdeführende Agrargemeinschaft vorbringt – durch § 35 Abs. 7 TFLG 1996 i. d. F. LGBL. Nr. 7/2010 die Eigentümerbefugnisse der Agrargemeinschaft deren Rechtsposition auch den Schutz des Art. 5 StGG und des Art. 1 1. ZPEMRK genießt (vgl. VfGH 10. Dezember 2010, B 639/10, B 640/10), eingeschränkt werden, trifft zwar zu, ruft aber (auch) keine Bedenken unter dem Blickwinkel der Eigentumsgarantie hervor, weil der Substanzwert in den Fällen des § 33 Abs. 2 lit. c Z. 2 TFLG 1996 i. d. F. LGBL. Nr. 7/2010 stets der Gemeinde zugeordnet ist. Dieser Anspruch der Gemeinde auf den Substanzwert des Gemeindegutes stellt aber gleichermaßen eine durch die Eigentumsgarantie geschützte Rechtsposition dar, die auch das subjektive Recht der umfassenden Dispositionsbefugnis über alle vom Eigentumsschutz erfassten Rechte gewährleistet (Korinek, in: Korinek/Holoubek [Hrsg], Österreichisches Bundesverfassungsrecht III [Loseblatt 2002] Art. 5 StGG Rz 26 aE; vgl. auch EGMR 24. Juni 1993, Fall Papamichalopoulos, Appl. 14.556/89, Z. 39 ff.). Es ist daher verfassungsrechtlich geboten, den Anspruch der Gemeinde auf den Substanzwert des Gemeindegutes – hier im Weg der Einräumung von Zustimmungs- und Einwirkungsrechten – zu wahren, weil ansonsten der Gemeinde die Ausübung ihrer Eigentümerbefugnisse verfassungswidrig vorenthalten werden würde (vgl. VfSlg. 18.446/2008).“

3. Zur Behauptung der beschwerdeführenden Agrargemeinschaft, § 35 Abs. 7 TFLG 1996 stehe im Widerspruch zu den Artikel 120a ff B-VG führt der Verfassungsgerichtshof aus:

„Agrargemeinschaften nach dem TFLG 1996 sind Körperschaften des öffentlichen Rechts (§ 34 Abs. 3 TFLG 1996), deren Mitgliederkreis von Gesetzes wegen zwingend festgelegt ist (§ 34 Abs. 1 TFLG 1996) und die in ihrem Wirkungsbereich der Aufsicht durch die Agrarbehörde unterliegen (§ 37 TFLG 1996). Zwar kommen Agrargemeinschaften nach dem TFLG 1996 keine hoheitlichen Befugnisse zu, jedoch überträgt ihnen das Gesetz die Besorgung eines Ausschnittes aus der öffentlichen Verwaltung, sodass Agrargemeinschaften nach dem TFLG 1996 im Verständnis des Art. 120a Abs. 1 B-VG öffentliche Aufgaben wahrnehmen (so auch zum Vbg. FIVG – vor In-Kraft-Treten der Art. 120a ff B-VG – VfSlg. 13.975/1994; ebenso VwGH 7. Juli 2005, 2004/07/0070). Sie sind daher Selbstverwaltungskörper im Sinn der Art. 120a ff B-VG.

Die Regelungen des § 35 Abs. 7 Satz 1 und 2 TFLG 1996 i. d. F. LGBL. Nr. 7/2010 verstoßen nicht gegen diese Verfassungsvorschriften, insbesondere nicht gegen Art. 120c Abs. 1 B-VG, wonach die Organe der Selbstverwaltungskörper aus dem Kreis ihrer Mitglieder nach demokratischen Grundsätzen zu bilden sind.

Die Organe der Agrargemeinschaften sind die Vollversammlung, der Ausschuss und der Obmann (§ 35 Abs. 1 TFLG 1996). Die Mitglieder des Ausschusses sind von der Vollversammlung aus ihrer Mitte für die Dauer von fünf Jahren zu wählen (§ 35 Abs. 3 Satz 2 TFLG 1996). Die Ausschussmitglieder haben unmittelbar nach ihrer Wahl aus ihrer Mitte den Obmann und dessen Stellvertreter zu wählen (§ 35 Abs. 4 Satz 1 TFLG 1996). Dieses Verfahren der Organkeation entspricht demokratischen Grundsätzen (vgl. zur indirekten Organbestellung VfSlg. 17.023/2003).

Die Gemeinde ist nach Maßgabe des § 34 Abs. 1 TFLG 1996 i. d. F. LGBL. Nr. 7/2010 Mitglied der Agrargemeinschaft. Durch diese Regelung wird der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes zur Regelung der Eigentumsverhältnisse im Zusammenhang mit Agrargemeinschaften und insbesondere dem Gemeindegut (VfSlg. 18.446/2008) Rechnung getragen. Im Übrigen ist zu berücksichtigen, dass dem Gesetzgeber bei der Abgrenzung des Mitgliederkreises eines Selbstverwaltungskörpers ein großer rechtspolitischer Gestaltungsspielraum eingeräumt ist (zuletzt VfSlg. 18.731/2009).

§ 35 Abs. 7 Satz 1 TFLG 1996 i. d. F. LGBL. Nr. 7/2010 bestimmt, dass bei Agrargemeinschaften nach § 33 Abs. 2

lit. c Z 2 leg. cit. dem Ausschuss und der Vollversammlung jedenfalls ein von der Gemeinde entsandter Vertreter „beizuziehen“ ist. Soweit sich diese Regelung auf die Vollversammlung bezieht, ist § 35 Abs. 7 TFLG 1996 i. d. F. LGBL. Nr. 7/2010 von vornherein unbedenklich, ist doch die Gemeinde als Mitglied der Agrargemeinschaft (§ 34 Abs. 1 TFLG 1996) schon aufgrund des § 35 Abs. 2 TFLG 1996 zur Vollversammlung einzuladen. Unbedenklich ist diese Vorschrift aber auch insoweit, als sie die Beiziehung eines von der Gemeinde entsandten Vertreters in den Ausschuss verlangt. Der Ausdruck „beiziehen“ meint nämlich nicht, dass der Gemeindevertreter kraft Gesetzes Mitglied des Ausschusses ist; letzteres wäre zwar denkbar, dies allerdings nur aufgrund einer Wahl gemäß § 35 Abs. 3 Satz 2 TFLG 1996. „Beiziehen“ meint lediglich, dass der Gemeindevertreter zu den Ausschusssitzungen einzuladen und berechtigt ist, daran teilzunehmen. § 35 Abs. 7 Satz 1 TFLG 1996 i. d. F. LGBL. Nr. 7/2010 regelt folglich nicht die „Bildung“ der Organe der Agrargemeinschaft und kann daher von vornherein nicht mit Art. 120c Abs. 1 B-VG in Konflikt geraten. Dies gilt auch für die Regelung des Satzes 2 dieser Vorschrift.“

Mit der Aussage des VfGH, dass es sich auch bei den Gemeindegutsagrargemeinschaften um Selbstverwaltungskörper im Sinn der Art. 120a ff B-VG handelt, dürfte klargestellt sein, dass nach der geltenden Rechtslage die Verwaltung nur durch eigene, aus dem Kreis der Mitglieder, demokratisch legitimierte, Organe erfolgen kann, nicht aber durch Organe anderer Körperschaften.

4. Zu § 36 Abs. 2 TFLG 1996, wonach Gemeindegutsagrargemeinschaften zwei voneinander getrennte Rechnungskreise für die Einnahmen und Ausgaben aus der land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit der Agrargemeinschaft (Rechnungskreis I) und die Einnahmen und Ausgaben aus dem Substanzwert der agrargemeinschaftlichen Grundstücke (Rechnungskreis II) zu führen haben, führt der Verfassungsgerichtshof aus, dass das in dieser Bestimmung normierte Einsichts- bzw. Entnahmerecht der Gemeinde sachlich gerechtfertigt ist, da der Gesetzgeber zur Bestimmung der den Substanzwert betreffenden Einnahmen und Ausgaben eine getrennte – insbesondere auch die Kontrolle durch die substanzberechtigte Gemeinde ermöglichende – Rechnungslegung verlangt.

Die in dieser Bestimmung vorgesehenen Kontrollrechte stellen sich als notwendige Ergänzung des Anspruches der Gemeinde auf den Substanzwert dar. Des Weiteren führt er zu dem der Gemeinde zustehenden

Substanzwert unter Hinweis auf das Erkenntnis VfSlg. 18446/2008 aus:

„Dazu genügt der Hinweis, dass der Verfassungsgerichtshof im Erkenntnis VfSlg. 18.446/2008 nicht nur davon gesprochen hat, dass das Substanzrecht der Gemeinde als Anteil an der Agrargemeinschaft zur Geltung gebracht werden können muss, sondern auch, dass der „Substanzwert des Gemeindegutes, der je nach Art der Nutzungsmöglicherweise freilich erst bei Eingriff in die Substanz oder bei Teilungen zutage tritt,“ der Gemeinde zusteht. Wenn daher gemäß § 36 Abs. 2 TFLG 1996 i. d. F. LGBl. Nr. 7/2010 Einnahmen und Ausgaben aus dem Substanzwert der agrargemeinschaftlichen Grundstücke in einem zweiten Rechnungskreis zu führen sind und die aus diesem Rechnungskreis erfließenden Erträge der substanzberechtigten Gemeinde zugewiesen werden und von dieser entnommen werden können, so trägt diese Regelung lediglich den in der

Judikatur des Verfassungsgerichtshofes aufgestellten Kriterien Rechnung. Auch unter diesem Aspekt ist die Regelung des § 36 Abs. 2 TFLG 1996 i. d. F. LGBl. Nr. 7/2010 verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.“

Und weiter:

„Wenn die beschwerdeführende Agrargemeinschaft der Sache nach behauptet, sie könne über den Substanzwert (bzw. Erträge aus dem Substanzwert) nicht mehr verfügen, übersieht sie neuerlich, dass der Substanzwert der Gemeinde zusteht (vgl. VfSlg. 18.446/2008 sowie § 33 Abs. 5 TFLG 1996 i. d. F. LGBl. Nr. 7/2010 und dazu VfGH 10. Dezember 2010, B 639/10, B 640/10) und dieser Umstand Einschränkungen der Verfügungsbefugnisse der Agrargemeinschaft als bloß formale Eigentümerin nicht nur rechtfertigt, sondern sogar erfordert. Ein Verstoß gegen Art. 120c Abs. 3 B-VG ist darin nicht zu erblicken.“

12.

Darlehens(Kredit)verträge – Information

Zuletzt erfolgte im Jahr 1995 in der Merkblatt Ausgabe Dezember eine Information der Gemeinden zum Thema Darlehens(Kredit)verträge.

Da der Abteilung Gemeindeangelegenheiten in letzter Zeit mehrmals Darlehens- bzw. Kreditverträge zur Kenntnis gebracht wurden, welche Bedingungen enthielten, die in der weiteren Abwicklung des Darlehensverhältnisses zu Unsicherheiten bzw. Schwierigkeiten führen könnten, wird auf Folgendes hingewiesen und werden insbesondere folgende Bedingungen bzw. Vorgangsweisen in Darlehens(Kredit)verträgen als problematisch angesehen:

- Bestimmungen, denenzufolge der Aufschlag auf den Zinssatz (z. B. Euribor) vom Kreditinstitut jederzeit erhöht werden kann.
Daher wäre im Vertrag eine Klausel vorzusehen, die dem Darlehens(Kredit)nehmer einen spesenfreien Ausstieg (Kündigungsfrist drei Monate) ermöglicht. Als Alternative könnte auch in der Ausschreibung vorgesehen werden, dass „diese Angebote im Vergabeverfahren auszuschließen sind“.
- Die Einhebung einer Gebühr (Pönale) für den Fall, dass die Gemeinde das Darlehen vorzeitig zurückzahlt.
- Während der Dauer des Vertragsverhältnisses wird die Gemeinde ihren gesamten bankgeschäftlichen Verkehr über den Kreditgeber abwickeln. Kredite oder Darlehen von anderen Bankinstituten oder von privater Seite dürfen nur mit vorheriger Zustimmung des Darlehens(Kredit)gebers in Anspruch genommen werden. Dasselbe gilt auch für die Inanspruchnahme alternativer Finanzierungsformen aller Art wie z. B. Factoring oder Leasing.
- Die Gemeinde verpflichtet sich, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Darlehens(Kredit)gebers keine wesentlichen Veränderungen an ihren Vermögenswerten durch Verpfändung, Verkauf, Schenkung, Übergabe, Verpachtung usw. vorzunehmen und weder eine Bürgschaft noch sonstige Haftungen zu übernehmen.
- Dem Darlehens(Kredit)geber wird das Recht eingeräumt, die Gemeinde auf ihre Kosten einer kaufmännischen und betrieblichen Kontrolle zu unterziehen.
- Alle beim Darlehens(Kredit)geber für die Gemeinde eingehenden Beträge kann dieser zur Kompensation mit offenen Verbindlichkeiten verwenden.
- Das Darlehen/der Kredit ist von beiden Seiten jederzeit kündbar.
Insbesondere ist auf die Regelungen hinsichtlich der Kündigung der Darlehen(Kredite) besonderes Augenmerk zu legen. Jedenfalls muss gewährleistet sein, dass eine so lange Kündigungsfrist vereinbart wird, dass die Gemeinde in der Lage ist, ein geordnetes Umschuldungsverfahren durchzuführen. Die diesbezügliche Regelung, die auch mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Österreichischen Kreditunternehmungen in Einklang steht, könnte wie folgt lauten:
 - Der Kredit kann vom Darlehens(Kredit)geber bei Vorliegen wichtiger Gründe innerhalb von drei Monaten gekündigt werden.
 - Außerdem bleibt das Recht des Darlehens(Kredit)gebers unberührt, den gesamten Kredit sofort fällig zu stellen, wenn z. B. falsche Angaben gemacht wurden, der Kredit zweckwidrig verwendet wurde oder wenn Zinsraten sowie Kosten, Gebühren und Spesen nicht längstens binnen drei Monaten nach Fälligkeit berichtet sind.Es wird auch für notwendig erachtet, dass geprüft wird, ob die Bedingungen in der Darlehenspromesse mit jenen im Schuldschein übereinstimmen. In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, dass sich der jeweilige Gemeinderat nicht nur global mit der Darlehens(Kredit)vergabe, sondern auch mit den Einzelheiten im Darlehens(Kredit)vertrag auseinanderzusetzen hat. Jedenfalls muss gewährleistet sein, dass der gesamte Inhalt des Darlehens(Kredit)vertrages samt den näheren Bedingungen dem Gemeinderat bekannt ist. Deshalb sollte auch im Darlehensvertrag das Datum des zugrunde liegenden Gemeinderatsbeschlusses angeführt sein.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass durch eine aufsichtsbehördliche Genehmigung der Gemeinderat nicht seiner Verantwortung für die der Gemeinde aus Darlehens(Kredit)verträgen entstehenden Folgen entbunden wird.

13.

Darlehensstatistik

Darlehen nach Zweckbestimmung

2009 120.492.575 2010 110.733.313

Gemeinden ohne Innsbruck Stadt	2009		2010	
	in EUR	in % der Darlehenssumme	in EUR	in % der Darlehenssumme
1. Hoheitsverwaltung				
1.1 Schulen	9.919.000	8,23%	5.644.200	5,10%
1.2 Kindergärten	4.724.000	3,92%	986.000	0,89%
1.3 Wasserleitungsbauten				
Wasserversorgung (WLF)	1.954.500	1,62%	1.802.400	1,63%
Wasserversorgung (Bank)	4.208.200	3,49%	4.337.800	3,92%
	6.162.700	5,11%	6.140.200	5,55%
1.4 Kanalbauten				
Abwasserentsorgung (WLF)	1.566.750	1,30%	1.621.430	1,46%
Abwasserentsorgung (Bank)	14.893.300	12,36%	11.657.700	10,53%
	16.460.050	13,66%	13.279.130	11,99%
1.5 Wohnbau, Altersheime				
Wohnbau, Altersheime (Wbf)	6.904.800	5,73%	7.354.380	6,64%
Wohnbau, Altersheime (Bank)	6.056.000	5,03%	16.018.531	14,47%
	12.960.800	10,76%	23.372.911	21,11%
1.6 Sportanlagen	2.309.000	1,92%	2.466.500	2,23%
1.7 Friedhöfe	320.000	0,27%	0	0,00%
1.8 Strassen, Wege, Brücken	5.824.000	4,83%	5.201.620	4,70%
1.9 Abfallbeseitigung	870.000	0,72%	1.775.000	1,60%
1.10 Feuerwehrwesen				
Feuerwehr	1.268.068	1,05%	3.574.000	3,23%
	1.268.068	1,05%	3.574.000	3,23%
1.11 Umschuldung, Kontokorrent, Haushaltsausgleich	10.570.346	8,77%	21.194.346	19,14%
	1.200.000	1,00%	0	0,00%
1.12 Bezirkskrankenhäuser	5.930.000	4,92%	0	0,00%
1.13 Sonstiges				
Gemeinde- und Mehrzweckhäuser	14.950.000	12,41%	7.617.500	6,88%
Grundkäufe	12.621.829	10,48%	5.540.000	5,00%
Beteiligungen	4.940.000	4,10%	300.000	0,27%
Musikschulen	0	0,00%	120.000	0,11%
Weitergabe an Firmen	1.113.782	0,92%	0	0,00%
Hochwasserschäden	468.000	0,39%	13.175.600	11,90%
Touristische Infrastruktur	490.000	0,41%	0	0,00%
Contracting	0	0,00%	346.306	0,31%
Sonstige Zwecke	7.391.000	6,13%	0	0,00%
	41.974.611	34,84%	27.099.406	24,47%
Summe Hoheitsverwaltung	120.492.575	100,00%	110.733.313	100,00%
2. Wirtschaftliche Unternehmen	0	0,00%	0	0,00%
Summe Gemeinden ohne Stadt Innsbruck	120.492.575	100,00%	110.733.313	100,00%
Innsbruck - Stadt				
a.o. Vorhaben Stadtgde. Innsbruck	0	0,00%	0	0,00%
Umschuldung Stadtgde. Innsbruck	0	0,00%	0	0,00%
Summe Innsbruck - Stadt	0	0,00%	0	0,00%
Darlehensaufnahmen Summe Tirol	120.492.575	100,00%	110.733.313	100,00%

Haftungsübernahmen

Aufschlüsselung der Haftungsübernahmen	2009	2010
Seilbahnen und Lifte	3.300.000	2.833.049
Bäder und Sportanlagen	6.045.000	4.791.219
Wasserleitungs- und Kanalbauten	77.760	758.320
Stadt- / Gemeindewerke	3.157.832	0
Straßenbauten	6.500.000	0
Schulen	10.000.000	20.190.000
Abfallentsorgung	11.499.534	700.000
Immobilien	2.907.500	2.170.000
Sonstige Zwecke	7.844.900	4.626.600
Summe Gemeinden (ohne Innsbruck-Stadt)	51.332.526	36.069.188
Innsbruck-Stadt	11.945.003	33.137.883
Haftungsübernahmen Summe Tirol	63.277.529	69.207.071

Leasingverträge

	2009	2010
Feuerwehrwesen	1.231.500	800.000
Schulen	1.119.000	793.000
Kindergärten	1.831.355	0
Gemeinde- und Mehrzweckhäuser	4.090.000	500.000
Sonstige Zwecke	747.500	0
Leasingsumme Gemeinden Tirols	9.019.355	2.093.000

14.

Jugend-Kompetenz in der Gemeindepolitik – weitere Veranstaltungen

Nach dem Abschluss der Aktionswochen im Herbst 2010 und dem Start der Tagesseminare im Jänner 2011 beginnen im April nun die „Stammtische“, die im Zuge des Interreg-IV-Projektes „Jugend-Kompetenz in der Gemeindepolitik“ geplant sind. Bei diesen Stammtischen,

die in den Grenzregionen zwischen Tirol und Südtirol jeweils abends von 19.30 bis 21.30 Uhr stattfinden, wird den GemeindepolitikerInnen die Möglichkeit geboten sich zu vernetzen und zu regionalspezifischen Themen in Sachen Gemeindejugendpolitik auszutauschen.

Stammtisch zum Thema „Jugendzentrum, Jugendtreff, Jugendraum“

Zeit: Dienstag, 26. April 2011, 19.30 bis 21.30 Uhr

Ort: Jugendtreff Z4, Alt Debant 45, 9990 Debant

ReferentInnen: Mag. Martina Steiner von der Mobilen Jugendarbeit Innsbruck-Land Ost;

Stephan Peukert vom Jugendtreff Z4 (Nussdorf-Debant); Wolfgang Walder (Lienz)

Infos und Anmeldungen: Dr. Andreas Kriwak, Tel. +43 (0) 699 17 26 6190, E-Mail: andreas.kriwak@uibk.ac.at

Tagesseminar: „initiiieren . durchführen . nachhaltig wirken“ – Jugendprojekte managen

Annemarie Felder, Expertin im Bereich Projektmanagement mit Jugendlichen und Projektbegleiterin in der Gemeinwesenarbeit, führt die GemeindepolitikerInnen in die theoretische und praktische Organisation und Durchführung von Jugendprojekten ein.

Zeit: Samstag, 7. Mai 2011, 10.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Jugendhaus Kassianum, Brunogasse 2, I-39042 Brixen

Infos und Anmeldungen: Dr. Dagmar Trafoier, Tel. +39 331 840 26 47, E-Mail: dagmar@jukas.net

Stammtisch zum Thema „Jugendbeirat“ und andere Beteiligungsformen Jugendlicher in der Gemeinde

Zeit: Dienstag, 24. Mai 2011, 19:30 bis 21:30 Uhr

Ort: Sterzing (Details folgen)

Moderation: Helga Mock ist Pädagogin und Supervisorin, Mitarbeiterin im Amt für Jugendarbeit in Bozen

Infos und Anmeldungen: Dr. Dagmar Trafoier, Tel. +39 331 840 26 47, E-Mail: dagmar@jukas.net

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR JÄNNER 2011**
(vorläufiges Ergebnis)

	Dezember 2010 (endgültig)	Jänner 2011 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	110,7	110,6
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	122,4	122,3
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	128,9	128,7
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	168,5	168,3
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	261,9	261,6
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	459,6	459,0
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	585,6	584,9
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	587,5	586,8

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Jänner 2011 beträgt 110,6 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Dezember 2010 um 0,1% rückläufig (Dezember 2010 gegenüber November 2010: + 0,6%). Gegenüber Jänner 2010 ergibt sich eine Steigerung um 2,4% (Dezember 2010/2009: + 2,3%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck